

Führungskrise in der FDJ

Honeckers Nachfolger abschlußreif — Nachwuchssorgen bei der SED

Die jüngsten Vorgänge im kommunistischen Jugendverband der Zone lassen die Vermutung zu, daß sich der langjährige FDJ-Chef Honecker gerade zur rechten Zeit auf einen neuen Staatsposten begeben hat. Sein in diesem Frühjahr eingesetzter Nachfolger, der bis dahin unbekannt Mecklenburger Karl Namokel, steht vor der Kapitulation. Der bis zu diesem Frühjahr mühsam aufrechterhaltene Millionen-Apparat der FDJ ist innerhalb weniger Monate in eine Unzahl völlig getrennt arbeitender Bezirks- und Kreissekretariate zerfallen. Namokel selbst stößt innerhalb des FDJ-Zentralrats auf den passiven Widerstand der schon unter Honecker amtierenden Sekretäre, die den Mecklenburger nie ernst genommen haben. So ist eine Führungskrise entstanden, die ernste Auswirkungen auch auf die SED und den Staatsapparat haben muß.

Bereits im vergangenen Jahr wurde festgestellt, daß durchschnittlich nur 25 bis 30 Prozent aller FDJ-Mitglieder nach Erreichung der Altersgrenze in die SED übertreten. Um eine gesunde Kaderentwicklung in der SED zu gewährleisten, müßten jedoch 60 bis 75 Prozent aller aus der FDJ kommenden Jugendlichen das Mitgliedsbuch der Partei annehmen, der Rest ist für nicht mit dem SED-Parteibuch gekoppelte Funktionen im FDGB und anderen Massenorganisationen vorgesehen.

60 Prozent „Karteileichen“

Die Ursachen wurzeln tief. Einmal ist die FDJ selbst ein bürokratischer, politisch unbeweglicher Apparat geworden. Der Zentralrat kann auf die Jugendlichen nicht den Druck ausüben, mit dem die Partei ihre Mitglieder bei der Stange hält, denn: Jedes zweite SED-Mitglied verdankt seine soziale Stellung ausschließlich der Partei. In der FDJ aber ist etwa nur jedes sechste bis achte Mitglied sozial abhängig vom Wohlwollen seiner Organisation, in der Mehrzahl hauptamtliche Funktionäre, Studenten und Betriebsassistenten . . .

Die Hauptursache aber liegt in dem folgenschweren militan-

ten Charakter der FDJ. Mit der Einschulung wird jedes Kind unweigerlich in den Kreis der „Pionier“-Kindergruppen einbezogen. Mit zehn Jahren ist man — wenn sich die Eltern nicht konsequent dagegen wehren — „Thälmann-Pionier“. Mit vierzehn Jahren aber hat man von diesem Rummel gewöhnlich schon die Nase voll, und der Eintritt in die FDJ steht absolut nicht von vornherein fest.

Bleibt den Jugendlichen aus Gründen der Berufswahl nichts weiter übrig, werden sie zum Gros der „Karteileichen“ gezählt, aus denen rund 60 Prozent der derzeitigen FDJ-Mitgliedschaft bestehen. Es sind Jugendliche, die vierteljährlich oder nie ihre Mitgliedsbeiträge zahlen und ansonsten das Gruppenleben meiden wie die Pest.

„Frohes Jugendleben“

Die vormalige FDJ-Führung hat vergeblich versucht, diese militante Entwicklung durch das vielbelächte „Frohe Jugendleben“ zu kompensieren. Der Erfolg: In den Jugendheimen sitzen abends die unteren Funktionäre, sparen Heizungskosten und dreschen Skat. Namokel, dem dies aus seiner bisherigen ländlichen Arbeit bekannt war, versuchte das zu ändern, indem er durch die FDJ-

Presse ein „Freizeit-Toto“ veranstalten ließ. Die amüsante Umfrage ergab: Kein Interesse am Jugendheim-Leben, solange man befürchten muß, daß statt des angesagten „frohen Tanzabends“ ein Vortrag über „Getarntes Bewegen im Gelände“ über die Szene geht . . .

Im allgemeinen rechnet man damit, daß die 14jährigen zur FDJ stoßenden Jugendlichen bereits mit 16 Jahren nur noch beitragszahlend — oft nicht einmal mehr das — in Erscheinung treten. Wenn man dann bedenkt, daß nur rund 20 Prozent aller politischen Zonenfunktionäre unter 28 Jahren sind, läßt sich leicht errechnen, zu wessen Ungunsten sich die Kaderstatistik weiter verschiebt.

Namokel hat unter anderem versucht, die Korruption innerhalb der FDJ-Führung zu liquidieren. Ihn, der vom Lande kam, erschütterte, daß jeder Zentralratsfunktionär, angefangen von Wohnung, Auto und Segelboot, nur noch auf Verbandskosten lebt, daß ein Sekretär 1200 DM und — so er es versteht — mindestens noch einmal 800 DM „Spesen“ dabei verdienen kann. Seine naiven Proteste haben bewirkt, daß die Partei jetzt kurzerhand einen großen Teil dieser uninteressierten „Hauptamtlichen“ in die Armee stecken will. Namokel hat erst einmal 86 Zentralrats-Angestellte nach Jüterbog in die Kasernen geschickt. Die Zentralratsclique hat das mit schweren Angriffen gegen Namokel quittiert: Organisatorisches Versagen, Honecker war viel besser usw. Und es sieht beinahe so aus, als würde der Mecklenburger nun als 87. in die Wüste geschickt, damit die alten ruhigen Zeiten wiederkommen für die 80 000 hauptamtlichen Funktionäre.

Ein neues Leben liegt vor ihnen

Herzlicher Empfang der Heimkehrer in Friedland

Friedland (Eigenbericht). Der Willkommensgruß der Heimat für die entlassenen Kriegsgefangenen in Friedland wurde ein erschütterndes Erlebnis nicht nur für die Frauen und Kinder, die da am Lagertor Stunde um Stunde ansharrten. Überall saßen die Menschen in Deutschland in stummer Ergriffenheit an den Lautsprechern und vor den Fernschirmen, um an der Rückkehr der so lange zurückgehaltenen Landsleute teilzuhaben.

Symbolisch ist der Name dieses ersten Ortes im Bundesgebiet, dem Tor für die wiedererlangte Freiheit: Friedland, Friede für die durch unendliches Leid Gegangenen, denen die Rückkehr noch vor wenigen Wochen wie ein ferner, unerfüllbarer Traum erschienen war.

Wie in einer unendlichen Prozession pilgerten Frauen, Kinder, Greise, Mütter am Morgen dieses denkwürdigen Sonntages den nun zu schmal gewordenen Weg zum Lager entlang. Viele von ihnen trugen große Schilder mit sich, mit Fotografien und Namen ihrer vermißten Angehörigen. „Verschollen seit Stalingrad“, „Zuletzt gesehen in Breslau“, „An der Wolchow-Front vermißt“. Und viele kleine Erinnerungen waren in unbeholfener Blockschrift vermerkt.

Sie kommen . . .

Und während sie sich hier unten im Tal versammeln, zu Füßen des so eindrucksvoll wirkenden Heimkehrers aus Stein, der den Stacheldraht zerreißt, schiebt sich kurz nach 6 Uhr morgens weit oben in den waldigen Berghügeln an der Zonengrenze von Osten her ein Güterzug durch den Dunst der weichenden Nacht. Langsam tastet sich die Lokomotive in die Scheinwerfer, die in einer gleichend Front am Zaun des Bahnhofs von Herleshausen stehen.

Fast behutsam wird eine Reihe grauschwarzer Waggons an der Bahnsteig geschleppt. Es sind einfache Wagen, mit verwelkten Blumen an den Fenstern, verwischten Kreideschriften „Wir grüßen die Heimat“ an den Seitenwänden. Aus den winzigen Fenstern zwängen sich Gesichter mit Stoppelbärten und weitaufgerissenen Augen.

Freudenfeuer als Gruß

An den Zäunen recken sich die Hände zum Gruß, die Draustehenden können die Ge-

sichter noch nicht erkennen, es ist noch zu neblig. Das Rote Kreuz hat zwei lange Tafeln gedeckt. Hier kommen die Heimkehrer zum Bahnhofsaustritt. Ein Jüngerer, den sie vielleicht mit 17 oder 18 Jahren in ein Lager bei Irkutsk gesperrt hatten, umarmt eine Krankenschwester. Jeder bekommt eine Blume in das Knopfloch und ein kleines Geschenk, einen Schluck warmen Kaffee oder Tee. Auf dem Vorplatz stehen 16 bekränzte Omnibusse. Auf der Fahrt läuteten die Glocken, in jedem Dorf und in jeder Stadt bis nach Friedland. In der Nacht loderten Freudenfeuer auf den Hügeln. In einigen Dörfern waren die Straßen illuminiert.

Bis zum Nachmittag mußten sich unten in Friedland die Wartenden gedulden. Dann ging es wie ein Lauffeuer durch die dichten Reihen. Vom Festplatz aus konnte die Kolonne der Omnibusse die Bergstraße von Witzhausen herüber schon erkennen. Im Schritt-Tempo mußten sie sich den Weg bis zum Begrüßungsplatz buchstäblich erzwingen. Und dann war kein Halten mehr.

Eine verhärrt aussehende Frau stürzte auf einen Omnibus zu und schrie mit greller Stimme: „Willi, wo ist mein Willi!“ Nur mit Mühe konnte man die Aufgeregte beruhigen, die in jedem Gesicht ihren Mann zu erkennen glaubte. Zehn Jahre sind eine harte Zeit, die den Menschen verändert, wenn er unter einem so grausamen Schicksal steht.

Ein Meer des Jubels

Auf einer Tribüne warteten Vizekanzler Blücher, Minister Oberländer, der niedersächsische Ministerpräsident Hellwege, die Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Dr. Lüders, der Landesbischof Lilje und Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes. Unter ihnen auf dem Platz aber fielen sich Menschen in die Arme, lehnten minuten-

lang schweigend aneinander und schienen die Umwelt vollkommen vergessen zu haben. Und dann hatte sich eine Insel in der Mitte des Platzes gebildet: 600 Männer in dunkelblauen wattierten Anzügen, in abgetragenen Jacken, in zerschissenen Röcken und viel zu dünnen Mänteln, umbrandet von einem Meer des Jubels und des Fragens zugleich. Hunderte von Augenpaaren starrten auf diese Menschen, suchend und ungeduldig, weil sie den Erwarteten nicht sogleich erkannten. Während der zu Herzen gehenden Begrüßungsworte schoben sich immer wieder Frauen und Kinder durch die Reihen und stürzten sich auf die endlich Gefundenen.

Nun danket alle Gott

Wie in einer riesigen Kirche wölbte sich der Himmel zu dem von Tausenden das Lied „Nun danket alle Gott“ aufklang. Verhalten beteten sie das Vaterunser mit und fast flüsternd wurden ihre Stimmen, als sie zum erstenmal nach so vielen Jahren das „Deutschland, Deutschland über alles“ mitsangen. Jenen grausamen Abschnitt ihres Lebens lang hinter russischen Stacheldrähten hatten sie von diesem Deutschland nur heimlich sprechen dürfen.

Fast kam es ihnen unwirklich vor, da sie dieses Lied nun wieder singen durften. Und wer wollte ihnen schon in diesem Augenblick erklären, daß wir heute die dritte Strophe zur Nationalhymne gewählt haben? Während oben auf der Tribüne von Einigkeit und Recht und Freiheit gesungen wurde, hieß es unten bei den 600 „Von der Maaß bis an die Memel“. Ich stand mitten unter ihnen und sah die Tränen rinnen und es schien mir, daß dieses Deutschlandlied zum Choral wurde.

Nur schwer trennten sich die Angehörigen von den Heimkehrern, die in der Sauberkeit des Lagers von Friedland auf ihr Leben in Freiheit behutsam vorbereitet werden. Man will ihnen nicht gleich mit einem nüchternen, sachlichen Behördenweg die Wiedersehensfreude trüben. Die Helfer in Friedland haben ein feines fürsorgliches Gefühl entwickelt in all den Jahren, in denen sie die Heimkehrer betreuen.

„Positive Fortschritte in Genf“

Dulles in Fragen der Wiedervereinigung optimistisch

Washington (AP/DPA). Er glaube, daß die bevorstehende Konferenz der Außenminister in Genf in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands positive Fortschritte bringen werde, erklärte der amerikanische Außenminister Dulles auf einer Pressekonferenz. Einschränkung fügte er jedoch hinzu, er erwarte von Genf noch keine endgültige Lösung.

Die Atmosphäre bei der Außenministerbesprechung in New York, an der auch Bundesaußenminister von Brentano teilnahm, bezeichnete Dulles als so harmonisch wie nie zuvor. Die West-Außenminister gingen nicht nur in den Zielen, sondern auch in ihrem Programm mit einer größeren Einmütigkeit nach Genf, als sie in der Vergangenheit bestand.

Zur Erkrankung Präsident Eisenhower sagte der Außenminister, er glaube, daß der Präsident bald wieder in der Lage sein werde, sich seinen Pflichten zuzuwenden.

Eingehend befaßte sich Dulles mit den geplanten tschechoslowakischen Waffenlieferungen an Ägypten und den sowjetischen Waffenangeboten an die Araberstaaten. Er verhehlte nicht, daß er trotz allen Ver-

ständnisses für das Sicherheitsbedürfnis Ägyptens die Lage mit Sorge betrachte. Dulles teilte mit, daß er den sowjetischen Außenminister Molotow nachdrücklich darauf hingewiesen habe, daß Waffenlieferungen des Ostblocks an Ägypten nicht zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion beitragen würden.

Europa-Politik wird fortgesetzt

Treffen Adenauer—Faure in Luxemburg

Luxemburg (AP/DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer und der französische Ministerpräsident Faure bekundeten in einem nach Abschluß ihrer halbtägigen Konferenz in Luxemburg veröffentlichten Kommuniqué ihre

Entschlossenheit, die europäische Politik fortzusetzen. Das Abkommen über das Saarstatut bezeichneten sie ausdrücklich als einen Bestandteil einer derartigen Politik.

In dem Kommuniqué heißt es, daß die Einzelheiten des Saarstatuts, die noch ausgearbeitet werden, die materiellen und idealen Interessen sowie den Charakter und die Neigungen der Saar-Bevölkerung voll gewährleisten müßten. Auch nach der Annahme des Statuts sollten die politischen Freiheiten an der Saar in vollem Umfang Geltung behalten. Konferenzteilnehmer nannten das Ergebnis der Besprechungen einen Kompromiß.

Im Mittelpunkt des ersten Teils der Begegnung von Faure und Adenauer stand ein Erfahrungsbericht des Kanzlers über die deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau. Der Kanzler versicherte seinem französischen Kollegen, daß die Bundesrepublik auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion an den vertraglichen Bindungen zum Westen festhalte.

Auch die Vorbereitungen für die Genfer Konferenz wurden erörtert, wobei sich, wie aus dem Kommuniqué hervorgeht, eine „Übereinstimmung der Auffassungen“ ergab.

Zone der Entspannung?

Der Westplan für die Außenministerkonferenz

London (DPA). Der in den letzten Tagen viel diskutierte Plan der Westmächte für die Genfer Außenministerkonferenz, der die Wiedervereinigung unlösbar mit der Sicherheitsfrage koppelt, sieht nach letzten Meldungen aus London folgende Punkte vor:

Es wird eine „Zone der Entspannung“ festgelegt, die sich zu beiden Seiten der Ostgrenze eines wiedervereinigten Deutschlands in gleicher Tiefe erstreckt. Die „Achse“ würde die jetzige östliche Grenzlinie der Sowjetzone bilden. In dieser Entspannungszone würde die Verteilung der Streitkräfte der Zustimmung von Ost und West unterliegen, was eine Verminderung der Streitkräfte ermöglichen würde. Die Ausdehnung der Zone zu beiden Seiten der jetzigen Ostgrenze der Sowjetzone müßte in

Viermächteverhandlungen noch im einzelnen festgelegt werden.

Die Verwirklichung dieses Planes soll Schritt für Schritt zusammen mit der Wiedervereinigung durchgeführt werden.

Säuberung in Österreichs Polizei

Wien (AP). Nur wenige Tage nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich hat die österreichische Regierung eine Untersuchung der Tätigkeit kommunistischer Polizeibeamter eingeleitet. Nachdem bereits der Kriminalbeamte Adolf Kothbauer unter der Beschuldigung verhaftet worden war, Beihilfe zum Menschenraub geleistet zu haben, wurde der Leiter des Polizeikommissariats St. Pölten, Polizeirat Dr. Ernst, vom Dienst beurlaubt.

Aus der Chronik eines Landstädtchens

28 Generationen, nicht weit von Magdeburg

Auf halbem Wege zwischen Magdeburg und der Grenze der Mark Brandenburg liegt da, wo sich die Straßen in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung kreuzen, das Städtchen Loburg; 4000 Einwohner, umgeben von fruchtbarem Ackerland, Wäldern und den Wiesen an der Elbe. Im ganzen beträchtlich ausgedehnt zwischen Burg und Bahnhof, die kontrapunktisch gleichsam einander zugeordnet, die äußersten Punkte bezeichnen in der Entwicklung einer Zivilisation durch Jahrhunderte.

Die Hauptstraße, nicht sehr breit, durchschneidet die Stadt. Rathaus, Marktplatz, die ehemaligen Bürgerhäuser liegen an ihr, die Herrenhäuser der Güter, und weiter hinten; der Burgturm, das Mönchentor, das an eine ehemalige Klostersiedlung erinnert, und die Laurentiuskirche. Zeichen einer tausendjährigen Geschichte, die über das Städtchen hingegangen ist.

Jetzt sind die Fassaden mit den Transparenten der SED überspannt, hier und da gibt es rote Fahnen und eine schwarz-rotgoldene am Agitationslokal der „Nationalen Front“. Die Fassaden sind nüchtern, wie die preußischer Landstädte, und jetzt erscheinen sie fahl.

Mai 1948: Der Streckenarbeiter der sowjetzonalen Eisenbahn, Günther M., sitzt seinem ehemaligen Chef, dem Landwirt v. B., gegenüber. M. war Obermelker auf dem Gut v. B.s in Loburg; er betrieb dort die Milchwirtschaft mit 80 Kühen und galt als ausgezeichnete Fachkraft. Dann kamen das Jahr 1945 und im November die kommunistische Bodenreform. Obermelker M. wurde nun Neubauer und besaß eigenes Land. Er bekam 36 Morgen und versuchte, damit fertig zu werden. Er wurde schlecht fertig; nach kurzer Zeit mußte er seine Siedelstelle aufgeben und ging als Streckenarbeiter zur Eisenbahn. Milchwirtschaft in großem Rahmen war in die Bodenreform nicht eingeplant, also liegen seine Fähigkeiten brach, nutzlos für ihn und nutzlos fürs Ganze. Es geht ihm nicht gut. Und nun besucht der Gescheiterte seinen ehemaligen Chef. Man spricht über Viehzucht, über die Pflege des Bodens, über Milchwirtschaft, von der M. sehr viel versteht, und da-

von, daß er nun recht und schlecht in einem ihm völlig fremden Beruf sein Auskommen suchen muß.

„Und wenn dies alles nun nicht so wäre?“ Es ist v. B., der diese Frage stellt. „Wenn ich weiter Landwirt in Loburg und Sie weiter bei mir Obermelker geblieben wären? — Es würde Ihnen heute besser gehen.“ — „Trotzdem“, sagte der Gescheiterte nach einem Schweigen. „Die Besitzverhältnisse — daß einer 2000 Morgen Land haben kann und ein anderer gar keins, das habe ich nie so recht verstanden.“

Was übriggeblieben ist

In dem Zimmer eines Berliner Mietshauses 1955: Der Vertreter der 28. Generation der Familie v. B. aus Loburg — eine kontinuierliche, lebendige Kette von Menschen durch die Zeit, über 700 Jahre lang — setzt vorsichtig eine geschnitzte Holzkassette auf den Tisch: „Das ist übriggeblieben“, sagt er und breitet aus: Papiere, Briefe, Bilder, Orden aus 700 Jahren Geschichte. Pergamente sind da, gewichtige Häute, an denen große Siegel hängen: Besitz- und Pachtverträge in verschnörkeltem Latein; dann die Offizierspatente und Demissionsurkunden, von denen einige die drucklose, autokratisch geschwungene Unterschrift Friedrichs des Großen tragen; dann: „An die Generalin von B.“, Briefe mit dem Stempel der königlichen Kurierpost; persönliche Schreiben Kaiser Wilhelms I. „Meine Großmutter war mit Wilhelm befreundet“, erzählt der Enkel. „Der Briefwechsel ging über viele Jahre und war sehr umfangreich. 1945 überdauerten ein paar Exemplare, diese hier.“ Wir entziffern die schmale Schrift, in der Glückwünsche, Danksagungen

und Berichte über die Alltäglichkeiten auf kleinen, zartgetönten, viereckigen Bogen geschrieben sind. „Der Rest wurde zerstört. Fetzen fanden die Bauern noch Jahre später auf den Feldern oder im Wald.“

Fast 70 Landarbeiter haben 1945 auf den Loburger Gütern als Neubauern gesiedelt. Heute — zehn Jahre später — sind über die Hälfte von ihnen gescheitert. Der ehemalige Gutsbesitzer stellt es sachlich fest. Ein Teil ist nach Westdeutschland geflohen. Die anderen stekken in der Zwangsjacke von nicht erfüllbaren Sols oder stehen unter dem Druck der zweiten Phase der „Reform“: Der Kolchosierung in den L.F.G. „Wir müssen als Neubauern viel mehr arbeiten als früher“, sagen die ehemaligen Gutsarbeiter, „und es geht uns nun viel schlechter.“ — „Dafür habt ihr aber die Reform“, sagen die anderen, „und eigenes Land, es gehört euch alles.“

„Reform“, das heißt hier Bruch der Kontinuität, Verächtung des Alten. Und das alles geschah radikal: Aus den Steinen der alten Gutshäuser wurden Neubauernställe gebaut, die Dachbalken in die Konstruktionen der Neubauernhäuser gezogen, die neuen Dächer mit den Ziegeln der alten Herrenhäuser gedeckt. Diese selbst wurden dem Verfall preisgegeben, die zum Teil wertvollen alten Möbel, mit denen man in den Neubauernhäusern nichts anzufangen wußte, wurden verheizt.

Das Städtchen veränderte sich weiter: Wie aus Landarbeitern Neubauern, so wurden aus Ackerbürgern und Handwerkern „Werkstätige“, die in nahe gelegenen Fabriken für sowjetische Rüstungsaufträge arbeiten. Aus freien Kaufleuten wurden Angestellte der staatlichen HO- und Konsumgeschäfte. Die ehemaligen Gutsbesitzer kamen in die Gefängnisse.

„Wenn man die Leute aus Loburg früher gekannt hat und sie jetzt von Zeit zu Zeit wieder sieht, fällt auf, wie sie verproletarisieren. Das nimmt zu“, sagt ein Kenner des Landes und

der Menschen. „Sie erscheinen abgerissener, schlechter ernährt, lethargisch und verzweifelt.“

Urkunden erzählen

Urkundlich erwähnt wird Loburg zum erstenmal 965 im Rahmen einer Schenkung durch Kaiser Otto II. an den Heiligen Moritz zu Magdeburg. Als fester Punkt stand hier eine Burg, die Heinrich I. hatte anlegen lassen. Die Bauern mußten unter großen Mühen mit Karren und Gäulen den Burgberg mitten im Sumpf aufschütten sowie die Befestigungen und deren Besatzung erhalten.

Nicht ohne Unterbrechung wurde aus der Burg ein Dorf: 983 verwüstete ein Wendenaufstand das Land, und erst im 12. Jahrhundert drangen die Askanischen Grafen wieder vor. 1222 geht der feste Platz in die Hände Hans v. B.'s über, dessen Geschlecht von nun an bis 1945 in Loburg bleibt. Den Mönchenhof, eine Filiale des Klosters Lehnin, erhält er für besondere Dienste geschenkt.

Über das 15. und 16. Jahrhundert schreibt der Chronist: „Wie überall, so entfaltete sich auch in Loburg das Bürgertum zur schönsten Blüte.“ Die vornehmste Zunft waren die Brauherren. Die Stadtväter hatten lateinische Namen: consul dirgens, proconsul, camerarius und die Senatoren. Die „Viertelleute“ vertraten die Bürgerschaft. Als städtische Beamte gab es: zwei Nachtwächter, den Holzläufer, Totengräber, Kälberhirten, Scharfrichter und die Kindermutter. Sie wurden teils bar, teils mit Holz und Getreide bezahlt. „Steuern gab es dazumal noch nicht“, schreibt der Chronist.

Aber es gab den Tribut an die Zeit: 1591 wurden in Loburg acht Hexen verbrannt; der Scharfrichter streute ihre Asche in einen Teich.

1595, 1606, 1608 kam die Pest. Ein Drittel der Einwohner starb. Dann brach ein Aufruhr aus: eine Partei wollte den Rat absetzen. „Es bekam ihnen aber wie den Hunden das Gras.“

Nach dem Dreißigjährigen Krieg kam das Feuer: 1660 betrank sich ein Soldat am Mai-bier, steckte Häuser in Brand, und die Stadt versank in Schutt und Asche. Nur die Kirche und Teile der Gutshöfe blieben stehen. Man baute die Häuser wie-

der auf, aber 14 Jahre später brannten abermals 130 ab, wieder zehn Jahre später 72 und nach vier Jahren noch mal 40.

Die Geschichte Loburgs mündet ins Heutige. Es folgt wieder eine Zeit bürgerlichen Aufschwungs. Die erste industrielle Anlage wird gegründet. Der erste Weltkrieg hinterläßt seine Spuren in den Tafeln, auf denen die Namen der Gefallenen stehen. Und dann webt sich der Faden, der weit aus der Zeit kommt, in die Fläche der Gegenwart.

Bester Landwirt des Kreises

„Hiermit wird dem Landwirt v. B. bescheinigt, daß er bester Landwirt des Kreises und allen Ablieferungspflichten als erster nachgekommen ist.“ So beginnt ein Schreiben, daß sich auch in der Holzkassette befindet. Es ist chronologisch das letzte Dokument. Seinen ersten Sätzen folgt eine Aufstellung der abgelieferten Erträge, und es folgen Erklärungen von Arbeitern und Bewohnern des Ortes, die das gute Verhalten v. B.'s bestätigen, auch im Kriege den Fremdarbeitern gegenüber. Dann kommen die Unterschriften des Bürgermeisters, des Landrates und des Kommandanten der Roten Armee.

Eine freundliche Dokumentation. Danach aber kam die Bodenreform. Innerhalb von zwei Stunden hatte Landwirt v. B. sein Haus, Loburg, den Kreis verlassen müssen und alle, die in irgendeinem Verwandtschaftsverhältnis zu ihm stehen, mußten ebenfalls gehen. „Ich werde Ihnen sagen, was für Sie übrig bleibt“, sagte der Landrat — der übrigens auch jene Bescheinigung unterschrieben hatte — „nehmen Sie Ihre Frau und Ihre Kinder und gehen Sie in die Elbe. Das ist das Beste für Sie.“ Einen Tag später wird v. B. verhaftet und lebenslanglich zu Zuchthaus verurteilt.

Nach anderthalb Jahren bringt man ihn aus dem Zuchthaus auf einen Bauernhof in der Mark. Der Besitzer hatte Selbstmord begangen. Er war den Schwierigkeiten, die man den Altbauern machte, nicht mehr gewachsen. Der Hof stand vor dem Ruin; v. B. sollte ihn wieder hochwirtschaften.

Er versteht sein Handwerk

und schafft es. In ein paar Jahren kann er als erster des Kreises abliefern. Er erfüllt die Solls, verkauft freie Spitzen und bekommt Prämien.

Der Nächste, der dran ist

Nun endlich Sicherheit? Nun endlich ein neuer Anfang nach dem, was man hierzulande als Bewährung versteht? Der ehemalige Gutsbesitzer v. B. möchte es glauben, ja — wenn er heute an diese Zeit zurückdenkt —; er klammert sich daran. Er will von Politik nichts wissen, will nur arbeiten. An Redenkunststücke des Ablieferungssystems gewöhnt man sich, das System muß offenbar erst durch den unvermeidlichen Schaden klüger werden. Mit den Nachbarn und mit den Antlichen kommt v. B. soweit ganz gut aus. Einen Dünkel hatte er nie, also brauchte er ihn auch nicht erst abzulegen.

„Der Nächste, der dran ist, bist du“, sagte eines Tages ein Freund zu ihm. Er glaubt es nicht, weil man in der verfahrenen sowjetzonalen Landwirtschaft doch so dringend Leute braucht, die etwas verstehen; er versucht aber, zu erfahren, ob gegen ihn etwas vorliegt. Da setzte im „Neuen Deutschland“ und den SED-Blättern der Provinz eine Kampagne gegen die „reaktionären Elemente auf dem Lande“ ein, in der auch sein Name genannt wird. Er schläft seitdem in Feldscheunen.

Und in einer Nacht schlägt der Hund auf dem Hof an. Es ist soweit. Sie sind gekommen. Ein Lastwagen mit 20 Mann und zwei Pkw. Als sie v. B. nicht finden, schlagen sie im Haus alles kurz und klein. v. B. macht sich in Trainingsanzug und Holzschuhen auf den Weg nach Berlin. In vier Tagen schafft er es. Dann erfährt er, daß Frau und Kinder verhaftet sind.

„Und nun?“ — das ist die nur halb ausgesprochene Frage. — „Wenn man so zweimal von allem verjagt wird — man wird müde.“

Inzwischen hatte sich die Tür dem Spiegel gegenüber geöffnet, und ein junger Mensch war eingetreten. Er mochte nahe zwanzig sein. „Mein Sohn“, sagt v. B. „Er lernt Landwirtschaft. Er soll einmal wieder Bauer in Loburg werden.“

Starke Zunahme der Bautätigkeit

Wohnungsbau an der Spitze — Bedarf an Fachkräften

Das Niveau der Bauproduktion in der Bundesrepublik hat sich in der ersten Jahreshälfte 1955, wie einem Bericht des Bundesministeriums für den Wohnungsbau im Bulletin der Bundesregierung zu entnehmen ist, um 14 v. H. gegenüber der gleichen Vorjahrszeit erhöht. Es wurden 10,5 v. H. mehr Arbeitsstunden geleistet.

Von der gesamten Arbeitsleistung entfielen 46,1 v. H. auf den

Wohnungsbau, 22,5 v. H. auf die gewerblichen industriellen Bauten, 28,0 v. H. auf die öffentlichen (einschließlich Verkehrs-Bauten), der Rest auf landwirtschaftliche Bauten. Während sowohl die Arbeiten an den gewerblich industriellen als auch an den öffentlichen Bauten um je 20 v. H. über denen des vergangenen Jahres lagen, wurden für den Wohnungsbau knapp 2 v. H. mehr Arbeitsstunden geleistet. Der Wohnungsbau ent-

sprach also etwa dem des vergangenen Jahres. Dabei führten die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere seitens der privaten Kapital-Sammelstellen dazu, daß sich der nur steuerbegünstigte und frei finanzierte Wohnungsbau stärker als bisher entfalten konnte.

Die Beschäftigung im gesamten Hoch- und Tiefbau ging im Berichtshalbjahr um 12 v. H. über das erste Halbjahr 1954 hinaus. Mitte 1955 waren im Bauhauptgewerbe 1,34 Millionen Kräfte tätig, 135 000 mehr als Mitte 1954. Die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern ist seit dem Frühjahr praktisch ganz verschwunden. Der Bedarf an Fachkräften konnte dagegen nicht überall gedeckt werden. Gelernte Bauarbeiter sind praktisch nicht mehr verfügbar. Ende Juli bestanden bei den Arbeitsämtern 45 600 offene Stellen für Baukräfte, darunter allein 31 800 für Fachkräfte. Damit war die ungedeckte Nachfrage nach Baufacharbeitern zweieinhalbmal so groß wie die Zahl der noch registrierten Erwerbslosen.

Zweimal Selbstkritik

Molotows „ideologischer“ Fehler — Seydlitz korrigiert sich

Moskau (AP). Der sowjetische Außenminister Molotow hat sich in einem in der Parteizeitschrift „Kommunist“ veröffentlichten Brief eines schwerwiegenden ideologischen Fehlers bezichtigt.

Molotow erklärt, er habe vor dem Obersten Sowjet am 8. Februar wenige Stunden nach dem Sturz Malenkows, fälschlich die Sowjetunion als einen Staat bezeichnet, „in dem die Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft bereits gelegt wurden“. Dies sei theoretisch falsch und politisch schädlich gewesen, da er richtig hätte sagen müssen, daß die Sowjetunion bereits eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut habe und auf dem Wege zum Kommunismus sei. In seinem Brief betont Molotow, „die politische Gefahr dieser Formulierung liegt in der Tatsache, daß er Verwirrung in ideologischen Fragen schafft“ und in Zweifel stellt, „daß in unserem Land bereits eine sozialistische Gesellschaft existiert“.

Die politische Bedeutung der Selbstkritik Molotows ist vorläufig nicht zu übersehen. Bedeutsam scheint auf jeden Fall zu sein, daß sie erst nach sieben Monaten geübt wurde und daß der Brief Molotows, der bereits am 16. September geschrieben wurde, erst jetzt veröffentlicht wurde.

Bonn (DPA/Eigenmeldung). Auch der aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrte General a. D. v. Seydlitz übte am Sonnabend „Selbstkritik“ und korrigierte seine bei der Ankunft in Friedland abgegebenen

politischen Äußerungen. Er sagte:

„Die Entlassung und der überwältigende Empfang in Friedland haben auf mich nach fünf-einhalbjähriger Einzelhaft die Wirkung eines schweren seelischen Schocks gehabt. Meine Ausführungen geben deshalb meine Einstellung zu den Dingen nicht richtig wieder. Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein. Ich beabsichtige nicht, mich politisch zu betätigen. Ich werde zu gegebener Zeit, nachdem ich mich erholt habe, mein ganzes Handeln nach meiner Gefangen-nahme in Stalingrad erklären. Jetzt zurückgekehrt zu meiner Familie in meine Heimatstadt Verden a. d. Aller nehme ich wieder Anschluß an die westliche Welt, gegen die sich keine meiner Äußerungen vor den Pressevertretern gerichtet hat.“

Wie verlautet, war die Familie v. Seydlitz' über die ersten Äußerungen des Generals sehr schockiert.

Besser und gesünder leben

Bonn, (DPA). Einen großzügigen Ausbau der Krankheitsverhütung hat der Beirat für die Neuordnung der Sozialleistungen in einer zweitägigen Beratung beschlossen. Die Bevölkerung soll über die gesundheitsmäßige Gestaltung des Lebens und die Schädlichkeit moderner Lebensumstände aufgeklärt werden.

Der bisherige schulärztliche Dienst soll erweitert werden. Zur Sicherung der Gesundheit wurde die vorbeugende Gewährung von Kuren befürwortet.

Tiefstand der Arbeitslosigkeit

Halbmillionengrenze bereits unterschritten

Nürnberg (DPA). Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik hat im September zum erstenmal seit der Währungsreform die Halbmillionengrenze unterschritten. Sie sank um 17 359 auf 494 994. Darunter befinden sich nahezu 55 Prozent Frauen.

Die Abnahme war geringer als im gleichen Monat des Vorjahres (56 000), was der Präsident

der Bundesanstalt, Dr. Scheuble, hauptsächlich auf den niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit zurückführt, der um fast 42 Prozent unter dem des Septembers 1954 liegt.

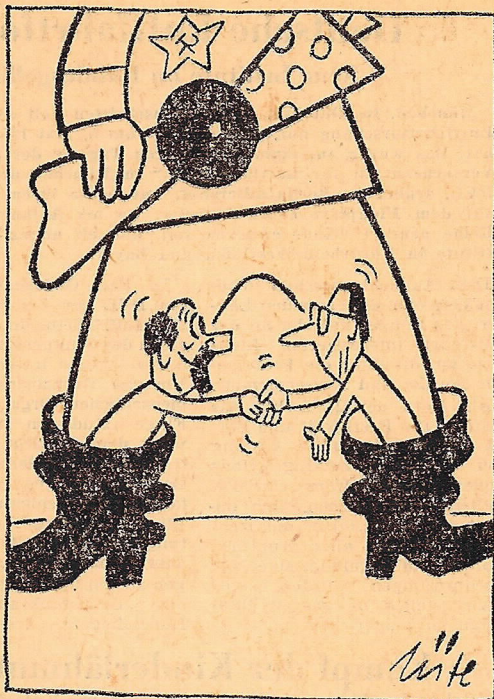
Scheuble sagte, die Bundesanstalt habe bisher nach dem Grundsatz gehandelt, daß keine ausländischen Kräfte vermittelt werden sollten, solange Arbeitsplätze mit Deutschen besetzt werden können.

Irrtümer

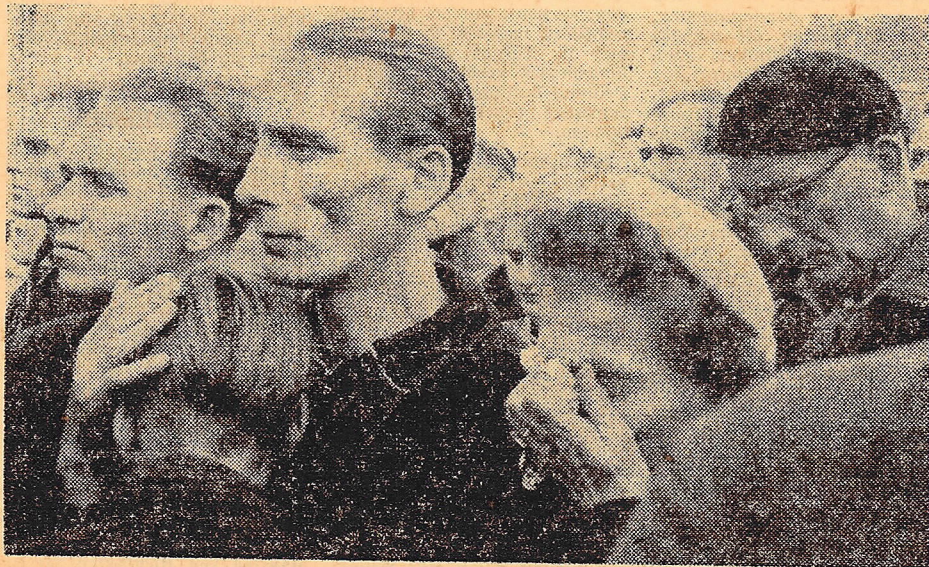
Da hat er nun, ach, den Marxismus, den Leninismus und den Stalinismus gründlich studiert und sogar selbst mitgestaltet — und nun muß er als sozusagen dritter Mann im Staate gestehen, daß er diese sowjetische Partei- und Staatswissenschaft dennoch nicht genügend beherrscht. Er hat sie ausgelegt und ihr leider etwas untergelegt, und das war „theoretisch falsch und politisch schädlich“.

Es ist Molotow, der sowjetische Außenminister, den der Irrtum überfallen hatte. Er hat ihn nun in „ideologischer Selbstkritik“ öffentlich widerrufen. Und der Irrtum? Molotow hatte am Vorabend des Sturzes von Malenkow, der gleichfalls irrte und korrigierte und dann in die zweite Reihe abtreten mußte, in einer Rede behauptet, daß in der Sowjetunion „die Grundlagen“ einer sozialistischen Gesellschaft bereits gelegt seien. Hier ist der Fehler: Nicht erst die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft sind gelegt, sondern sie selbst ist bereits da, wie aus beweiskräftigen Parteidokumenten hervorgeht. Molotow hatte es nur noch nicht gemerkt. Offen bleibt nur die Frage, wieso er ganze acht Monate brauchte, um den ideologischen Irrtum zu erkennen.

Da sind nun wieder einmal die Deutschen schneller. Der General von Seydlitz hat nur 24 Stunden gebraucht, um sie zu erkennen und zu berichtigen. Anscheinend ist es leichter, Irrtümer über den Westen als über den Osten zu erkennen.



Sechs Jahre DDR!



DAS BILD DER WOCHE: Heimkehrer in Friedland

Deutsche Luftfahrtforschung holt auf

Neue Institute im Bundesgebiet und ihre Arbeitsziele

München, im Oktober. Mit Riesenschritten holt die deutsche Luftfahrtforschung auf, was sie bis zum 5. Mai 1955 versäumt hat. Das wurde auf einer zweitägigen Tagung der „Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt e. V.“ in München deutlich. Die DVL, früher in Berlin-Adlershof, hat heute ihren Zentralsitz auf dem Flugplatz Essen-Mülheim, wo bis Anfang 1956 eine Reihe neuer Gebäude entstehen soll, und elf angegliederte Institute in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Dem Aufsichtsausschuß gehören Vertreter dieser beiden Länder, des Bundes und der an der Luftfahrt interessierten Industrie an, darunter die Professoren Dornier und Messerschmidt.

Als Kern der DVL hat das Institut für Festigkeit und Statik in Mülheim unter Leitung von Professor Dr.-Ing. Hans Ebner schon im März seine Tätigkeit aufgenommen. Ihm obliegt seit 1. Oktober die technische Prüfung aller deutschen Motor- und Segelflugzeuge; für Nachprüfungen wurden sechs Bezirksstellen im ganzen Bundesgebiet eingerichtet.

In Bad Godesberg errichtet die DVL zur Zeit ein Institut für Luftfahrtmedizin, das vor allem das Fluggesundheitspersonal der Luftwaffe untersuchen soll. Um die Grenzbelastungen des menschlichen Organismus beim Fluge studieren zu können, wird dem Institut ein unterirdischer Schleuderprüfstand für Beschleunigungen bis zur 45-fachen Erdbeschleunigung angegliedert. Neben der Bearbeitung von Fragen der Lärm- und Vibrationseinwirkung beim Fliegen stehen Untersuchungen über die „Druckfallkrankheit“ des Höhenfliegers, deren erschöp-

fende Erforschung für den Stratosphärenflug auch nach Einführung eines Überdruckanzuges und der Überdruckkabine von erheblicher Bedeutung sind.

Mit sehr bedeutsamen Arbeiten auf dem Gebiet der Strömungstriebwerke befaßt sich das der Universität Aachen angeschlossene DVL-Institut für Aerodynamik. Am 22. Oktober wird hier ein Windkanal in Betrieb genommen, der eine dreifach sechsfache Schallgeschwindigkeit erreichen soll.

Das Institut für Hochfrequenztechnik (Mülheim) untersucht zur Zeit die Anwendungsmöglichkeiten der Funkmeß- und Mikrowellentechnik für die Landvermessung und die Meteorologie.

Die Darstellung eines dreidimensionalen Kontrollbildes auf dem Radarschirm ist das Ziel einer bedeutsamen Arbeit, die das in die VDL übergeführte Flugfunk-Forschungsinstitut in München-Riem im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums behandelt. Eine weitere Untersuchung betrifft die Verbesserung der horizontalen und vertikalen Führung im Endanflug und die Einführung von halb- oder ganzautomatischen Steuerhilfen im Flugzeug.

Kampf der Kinderlähmung

Schutzimpfung gebilligt — Bedeutsame Entscheidung

Zürich. In Zürich trafen sich in diesen Tagen die bedeutendsten Experten Europas auf dem Gebiete der Kinderlähmung. Unter den Ärzten, die zugleich Forscher wie Kliniker sind, sahen wir die Professoren Lépine (Pasteurinstitut Paris), Gard (Stockholm), Goffe (London), Kleinschmidt (Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Kinderlähmung), Orskow (Kopenhagen) und Pette (Hamburg); der Präsident der illustren Versammlung war Prof. Fanconi (Zürich), ein Kinderklinikler von Weltruf und in Europa wohl der beste Kenner der mit Recht so gefürchteten Kinderlähmung.

Das Ergebnis der wissenschaftlichen Verhandlungen läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen: Die Erfolge der in den USA durchgeführten Schutzimpfungen beweisen, daß wir heute bereits Impfstoffe gegen die Kinderlähmung mit einem beträchtlichen Wirkungsgrad benutzen können. Seit dem amerikanischen Impfungslück (im April 1955) sind die etwaigen Gefahren solcher Schutz-

impfungen — auch der geringste ärztliche Eingriff ist ja mit einem kleinen Risiko verbunden! — heute auf ein Minimum reduziert, nachdem in den USA und in Europa der Herstellungsprozeß verbessert und die Prüfungsbestimmungen für den Impfstoff erheblich verschärft wurden.

Möglicherweise aber wird man bei uns in Europa — wegen einer noch nicht genügend großen Impfstoffproduktion — nur dort gegen Kinderlähmung schutzimpfen, wo es die Seuchelage erfordert, und wird diejenigen herausuchen, die als besonders gefährdet anzusehen sind.

Diese Punkte wurden zum Schluß der bedeutenden Tagung zur Abstimmung gestellt, und es war erfreulich festzustellen, daß sich keine einzige Stimme erhob, die anderer Meinung gewesen wäre, so daß wir nunmehr hoffen können, in einer nicht mehr allzufernen Zukunft die Schrecken der Kinderlähmung durch eine Schutzimpfung mit der Zeit bannen zu können.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird verwendet und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.